

---

# Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in Westeuropa

Kommentar zu K. H. Oppenländer

Ewald Walterskirchen

---

Die Arbeitslosigkeit steigt in Europa in jedem Konjunkturabschwung und geht in den Belebungsphasen kaum zurück, weil die Aufschwünge tendenziell schwächer werden und die Arbeitslosigkeit sich strukturell verfestigt. Heuer wird die Arbeitslosenquote in der EU die 11-Prozent-Marke überschreiten, sie hat sich damit seit dem Beginn der achtziger Jahre verdoppelt.

Kennzeichnend für Europa ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit: Etwa zwei Fünftel der Arbeitslosen in der EU sind länger als ein Jahr arbeitslos (1). In den EFTA-Ländern macht die Dauerarbeitslosigkeit knapp ein Fünftel aus, weil sie hier stärker durch Frühpensionierungen bzw. aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen konterkariert wird.

In den USA werden die Arbeitnehmer zwar nach dem „*hire and fire*“-Prinzip viel häufiger arbeitslos, aber auch wieder rasch integriert, freilich oft als „*working poor*“ (2). Individuelle soziale Probleme werden in den USA im Rahmen des Fürsorgesystems zu lösen versucht, in Europa eher im Rahmen der Arbeitslosenversicherung.

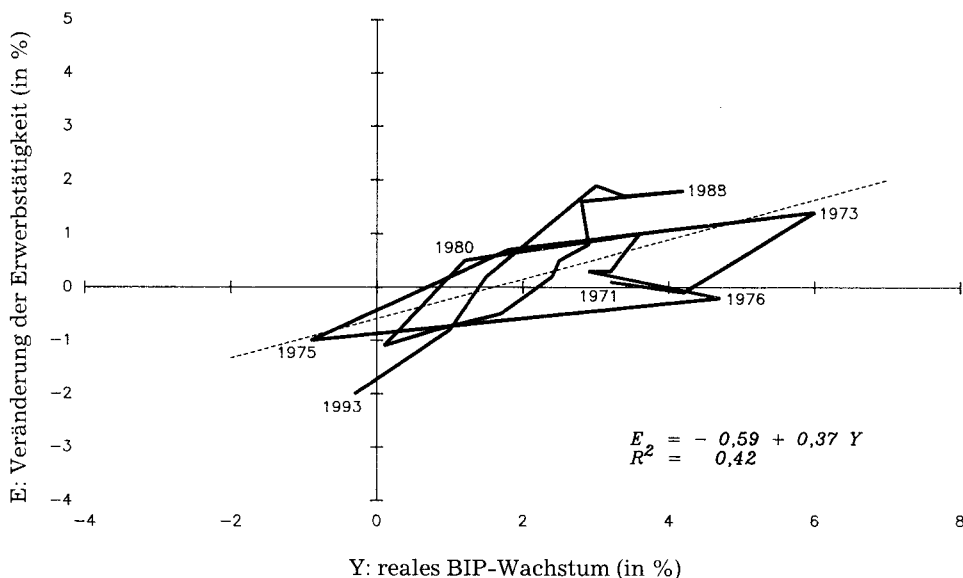
Mögliche Ursachen für die hohe und steigende Arbeitslosigkeit in Europa werden in diesem Artikel näher untersucht.

## 1. Wachstum ohne Beschäftigung?

Unter ökonomischen Theoretikern ist heute die Meinung weit verbreitet, daß wirtschaftliches Wachstum keinen Einfluß mehr auf die Beschäftigung habe und Investitionen vor allem Arbeitsplätze wegrationalisieren. Die logische Schlußfolgerung: Eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sei nicht geeignet, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen.

Empirisch läßt sich zeigen, daß sich an der relativ engen Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten nichts geändert hat: Wenn das Wirtschaftswachstum in Europa um 1 Prozentpunkt beschleunigt werden kann, dann werden dadurch 0,4 Prozent zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenquote sinkt um  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt. Der Arbeitsmarkt hat sich also nicht vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt (3).

**Abbildung 1:**  
**BIP-Wachstum und Veränderung der Erwerbstätigkeit in der EU**

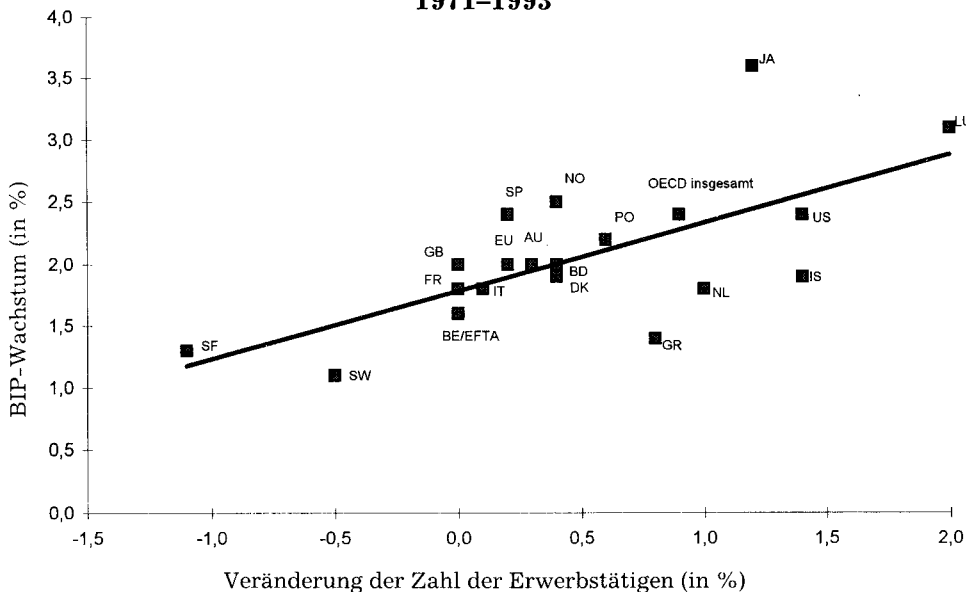


Quelle: OECD

Der falsche Eindruck des „*jobless growth*“ entsteht dadurch, daß die Wirtschaft wegen des ständigen Produktivitätsfortschritts um rund 2 Prozent wachsen muß, um die Arbeitsplätze zu halten. Der Produktivitätsfortschritt bei einem bestimmten Wachstumstempo hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten nicht beschleunigt. Rationalisierungsschübe gab es auch in der Vergangenheit, aber da wurden sie durch rascheres Wachstum ausgeglichen.

Nicht nur im Zeitverlauf, sondern auch im internationalen Querschnitt zeigt sich, daß höheres Wachstum zu mehr Beschäftigung führt. Freilich gibt es hier gewisse länderspezifische Abweichungen: Überproportional stieg die Beschäftigung – außer in den USA – z. B. in den Niederlanden, vor allem infolge wachsender Teilzeitbeschäftigung. An der Entwicklung der Arbeitslosenquote in den Niederlanden hat das jedoch wenig geändert. Andererseits hat in Irland ein relativ hohes Wirtschaftswachstum nicht ausgereicht, um Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu

**Abbildung 2:**  
**Wachstum und Beschäftigungsänderung: Internationaler Querschnitt**  
**1971–1993**



Quelle: OECD

stabilisieren. Von diesen Ausnahmen abgesehen, besteht jedoch ein relativ enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung.

Arbeitslosigkeit ist primär ein Problem der Güter- und Dienstleistungsmärkte, nicht des Arbeitsmarktes. Wenn es für diese These noch eines Beweises bedürfte, dann brauchen wir nur einen Blick nach Finnland und Schweden werfen (4). Die schwere Rezession ließ die Arbeitslosenquote in diesen beiden Ländern von nahezu Vollbeschäftigung plötzlich auf 18 Prozent bzw. 8 Prozent steigen.

## 2. Zu geringes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Anstieg des Arbeitsangebots

Der Hauptgrund für den langfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa ist das langsame Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Anstieg des Arbeitskräfteangebots.

Das Wirtschaftswachstum ist heute nur etwa halb so hoch wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren. Entscheidend dafür ist die Investitionsschwäche (5). Die Investitionstätigkeit bleibt deutlich hinter der Spartätigkeit zurück, in der EU macht diese Nachfragerücke etwa 6 Prozent des BIP aus. Solange dieses fundamentale Ungleichgewicht zwischen Sparen und Investieren in Europa nicht beseitigt werden kann, ist auch das Problem Budgetdefizit unlösbar.

Tabelle 1: Wachstum und Arbeitsmarktentwicklungen – internationaler Vergleich 1980–1993

	BIP	Erwerbs- tätige	Arbeitslosen- quote	Arbeitslosen- quote 1993	Produkt- tivität	Arbeits- angebot
	Jährliche Veränderung in Prozenten	Jährliche Veränderung in Prozenten	Jährliche Veränderung in Prozentpunkten	Arbeitslosen- quote 1993	Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozenten	Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozenten
USA	2,4	1,4	-0,0	6,8	0,9	1,4
Japan	3,6	1,2	0,0	2,5	2,3	1,3
EU	2,0	0,2	0,3	10,7	1,8	0,6
Deutschland	2,0	0,4	0,3	8,3	1,6	0,8
Frankreich	1,8	0,0	0,4	11,7	1,8	0,6
Dänemark	1,9	0,4	0,4	12,3	1,5	0,8
Belgien	1,6	0,0	0,1	9,4	1,6	0,4
Griechenland	1,4	0,8	0,6	10,0	0,6	1,1
Irland	3,6	-0,2	0,6	15,8	3,8	1,0
Italien	1,8	0,1	0,2	10,4	1,8	0,3
Luxemburg	3,1	2,0	0,1	1,9	1,1	2,1
Niederlande	1,8	1,0	0,2	8,3	0,9	1,3
Portugal	2,2	0,6	-0,2	5,5	1,6	1,0
Spanien	2,4	0,2	0,9	22,7	2,3	0,9
Großbritannien	2,0	-0,0	0,4	10,3	2,0	0,4
EFTA	1,6	-0,0	0,4	7,2	1,6	0,4
Schweden	1,1	-0,5	0,5	8,2	1,6	0,0
Norwegen	2,5	0,4	0,3	6,0	2,1	0,7
Finnland	1,3	-1,1	1,0	17,9	2,4	0,1
Österreich	2,0	0,3	0,2	4,3	1,7	0,5
Island	1,9	1,4	0,3	4,4	0,6	1,9
OECD insgesamt	2,4	0,9	0,2	7,8	1,5	1,1

Quelle: OECD

Die Beschäftigung ist in Europa 1980–1993 etwas gestiegen (+0,2 Prozent pro Jahr). Eine höhere Beschäftigung garantiert aber noch keine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit, solange das Arbeitsangebot steigt – sei es aus demographischen Gründen, durch die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen oder den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Dieser Einfluß der Angebotsentwicklung auf die Arbeitslosigkeit wird oft unterschätzt: Trotz massiver Frühpensionierungen erhöhte sich das Angebot an Erwerbspersonen in Europa in den letzten 13 Jahren um 0,6 Prozent pro Jahr. (Tabelle 1) Die Arbeitslosenquote konnte deshalb im längerfristigen Schnitt erst dann stabilisiert werden, wenn die Wirtschaft um mindestens 2½ Prozent wuchs.

Darin kommt sicherlich auch eine strukturelle Diskrepanz zum Ausdruck. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders stark in der Industrie. Viele neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft werden jedoch nicht mit Arbeitslosen besetzt, sondern mit Arbeitssuchenden aus der „stillen Reserve“ und aus dem Ausland.

### 3. Zu hohe Löhne?

Die relativ schwache Wirtschaftsentwicklung in Europa wird heute von Ökonomen und Politikern oft auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auf zu hohe Löhne und Sozialleistungen (Lohnnebenkosten) zurückgeführt. Der Standort Europa sei deshalb in Gefahr. Dieses Problem soll nicht bagatellisiert werden, aber man übersieht dabei folgendes:

- Die EU exportiert nur sieben Prozent ihres Sozialprodukts, der Rest ist Binnennachfrage. Während sich der interne Handel der EU-Länder in den vergangenen drei Jahrzehnten verdoppelte, hat sich die (konsolidierte) Export- und Importquote der EU nur wenig verändert.
- An der Handelsbilanz gemessen, scheint mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht das zentrale Wachstums- und Beschäftigungsproblem Europas zu sein: Die Handelsbilanz der EU weist einen deutlichen Überschuß auf. An der zu geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit allein kann es also wohl nicht liegen. Offenbar spielt die schwache Inlandsnachfrage auch eine wichtige Rolle.
- Europa hat sich seine Wettbewerbsposition in den letzten Jahren unnötig durch hohe Zinssätze (im Vergleich zu den USA und Japan) erschwert. Zinsen sind für die Unternehmen ebenso Kosten wie Löhne, dabei ist die Nachfragewirksamkeit von Zinszahlungen weit niedriger als jene von Lohnkosten. In der Standortdebatte wird regelmäßig vernachlässigt, daß die restriktive Geldpolitik zur Inflationsbekämpfung bzw. „Disziplinierung“ der Gewerkschaften langfristig gesehen erhebliche Schattenseiten hatte.
- Europa braucht eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Das ist hauptsächlich eine Frage der Qualität (Technologie, Design, Ausbildung), nicht primär der Arbeitskosten.

Eine Lohnkostensteigerung kann die Beschäftigung theoretisch auf zwei Arten dämpfen:

1. durch Wachstumseinbußen infolge eines Verlusts an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Gerade in kleinen außenhandelsabhängigen Ländern kann der negative Effekt hoher Arbeitskostensteigerungen stärker sein als der positive Kaufkrafteffekt und damit zu Wachstums- und Beschäftigungseinbußen führen.

Was die Konkurrenzfähigkeit betrifft, spielen jedoch auch die Wechselkurse (etwa der Anstieg der DM gegenüber dem US-Dollar), die hohen Zinssätze in Europa, der Produktivitätsfortschritt und die Besteuerung eine wichtige Rolle.

2. durch eine geringere Beschäftigungsintensität des Wachstums (Substitutionseffekt). In diesem Fall würden die Unternehmen eher in den Faktor Kapital als in Arbeit investieren. Ob es einen solchen Effekt in Europa in den letzten eineinhalb Jahrzehnten gegeben hat, ist mehr als fragwürdig. Die relativ niedrige Investitionsquote war ja gerade ein Charakteristikum dieser Periode. Außerdem waren die Reallohnsteigerungen in Europa in den siebziger Jahren deutlicher höher als die Produktivitätserhöhungen, in den achtziger Jahren blieben sie deutlich darunter. Dennoch hat sich der Beschäftigungsgehalt des Wachstums langfristig nicht signifikant verändert. Zwischen Beschäftigungs- und Reallohnveränderung besteht offenbar kein eindeutiger Zusammenhang.

#### 4. Flexibilität des Arbeitsmarktes

Ein Wirtschaftswachstum, das hoch genug ist, um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken, wird langfristig schwer erreichbar sein, selbst wenn es gelingt, die damit verbundenen Umwelt- und Verkehrsprobleme zu lösen.

In Europa konzentrierte man sich deshalb im vergangenen Jahrzehnt zunehmend auf eine höhere Flexibilität der Arbeitsmärkte. Das war und ist auch die wichtigste Strategie der OECD zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (6). Durch eine Anpassung der Löhne und Lohnnebenkosten (nach unten) und flexiblere Arbeitszeiten sollte die Arbeitslosigkeit gesenkt werden.

Für die Mißerfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mußten oft die Gewerkschaften als Sündenböcke erhalten (besonders in der politischen Diskussion in Deutschland). Ökonomische Theoretiker argumentierten: Wenn die Arbeitsmärkte so flexibel wären wie die Kapitalmärkte und die Löhne so schwankten wie die Aktienkurse, dann wäre die Arbeitslosigkeit viel geringer.

Nun sind die Lohnsteigerungen im letzten Jahrzehnt deutlich hinter den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben, und in der EU ist die Wochenendarbeit für junge Leute schon die Regel geworden. Trotz der viel höheren Flexibilität der Arbeitsmärkte konnte der Trend zu steigender Arbeitslosigkeit nicht gebrochen, ja nicht einmal gebremst werden.

Eine höhere Arbeitsmarktflexibilität ist zwar wichtig zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erfüllung individueller Arbeitnehmerwünsche, aber sie ist kaum geeignet, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

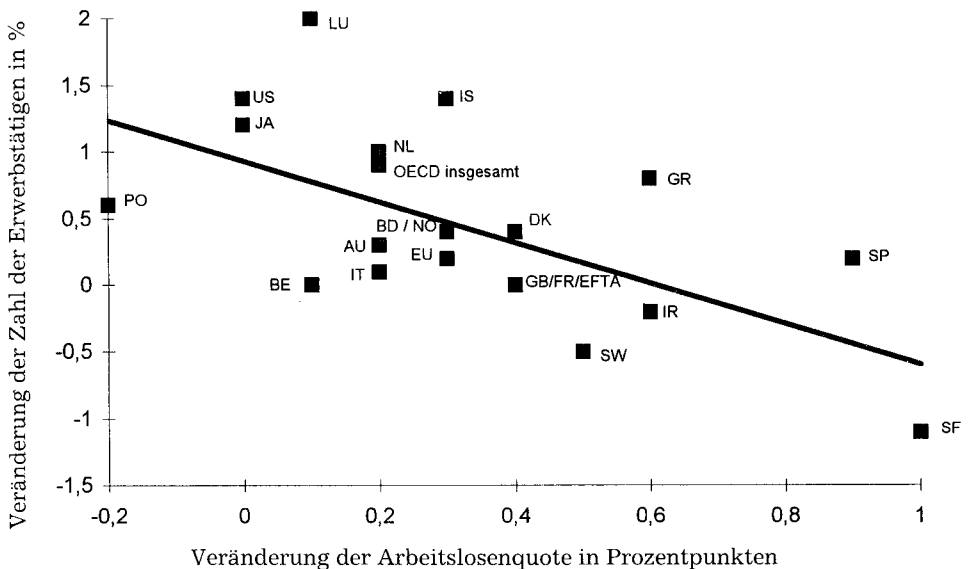
Die Flexibilität des Arbeitsmarktes hat sicher ihre positiven Seiten: Die hohe Lohnflexibilität und die Qualifizierung der Arbeitnehmer, besonders in Ländern mit neo-korporatistischen Arbeitsbeziehungen, haben die konjunkturellen und strukturellen Anpassungsprobleme gemildert.

Insgesamt scheint die höhere Flexibilität der Arbeitsmärkte jedoch eher eine Ursache der höheren Arbeitslosigkeit zu sein als ein Rezept zu ihrer Beseitigung. Einige Beispiele:

- Die Deregulierung der Kündigungsvorschriften hat die Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer dramatisch erhöht.
- Die starke Zunahme befristeter Arbeitsplätze steigert die Sucharbeitslosigkeit.
- Die Teilung eines Arbeitsplatzes in zwei Teilzeitjobs verdoppelt das Risiko des Arbeitsplatzverlustes.

Zum Teil haben die neuen Formen der Arbeitslosigkeit (z. B. längere Suchzeiten für Teilzeitbeschäftigte) freilich nicht mehr jene Schärfe, die das traditionelle Arbeitslosenproblem auszeichnet.

**Abbildung 3:**  
**Beschäftigungsentwicklung und Veränderung der Arbeitslosigkeit**  
**1980–1993:**  
**Internationaler Querschnitt**



Quelle: OECD

### 5. Beeinflußt das Wirtschaftswachstum auch die Arbeitslosigkeit?

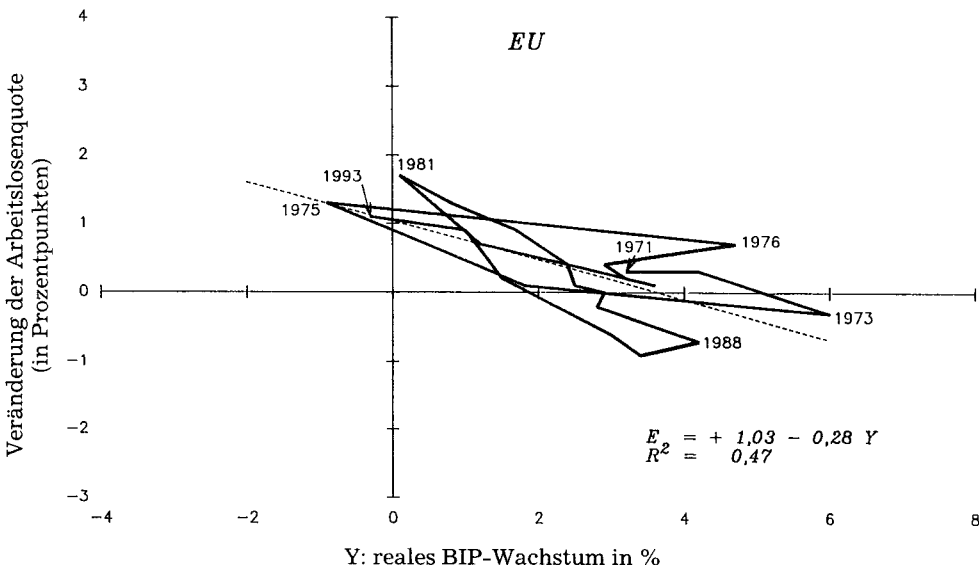
Der US-Ökonom Arthur Okun (7) war vor einigen Jahrzehnten zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Wachstumsbeschleunigung um einen Prozentpunkt die Arbeitslosenquote um  $\frac{1}{3}$  Prozentpunkt senkt. Heute wird vielfach die Meinung vertreten, daß das Wachstum zwar einen gewissen Einfluß auf die Beschäftigung, aber keinen auf die Arbeitslosigkeit habe. Stimmt also der Okun-Zusammenhang nicht mehr?

Zweifellos muß die Beziehung zwischen Wachstum und Arbeitslosigkeit weniger stabil sein als jene zwischen Wachstum und Beschäftigung. Denn hier kommt noch eine zweite Relation hinzu: jene zwischen der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit. Dabei spielt die Angebotsentwicklung (demographische Trends) eine entscheidende Rolle.

Sowohl im Zeitverlauf (für einzelne Länder) als auch im internationalen Querschnitt zeigt sich nur ein relativ schwacher Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit (Abbildungen 4 und 5), und auch der Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Beschäftigung und jener der Arbeitslosigkeit ist eher schwach (siehe Abbildung 3). Das ist ein Zeichen dafür, daß der Begriff Arbeitslosigkeit ziemlich schwammig geworden ist.

Abbildung 4:

BIP-Wachstum und Veränderung der Arbeitslosigkeit in der EU



Quelle: OECD

Extrembeispiele bilden die Entwicklungen in Spanien und Portugal: In beiden Ländern waren Wirtschaftswachstum und Beschäftigungssteigerung 1980–1993 nahezu gleich hoch. Man sollte deshalb auch eine äh-



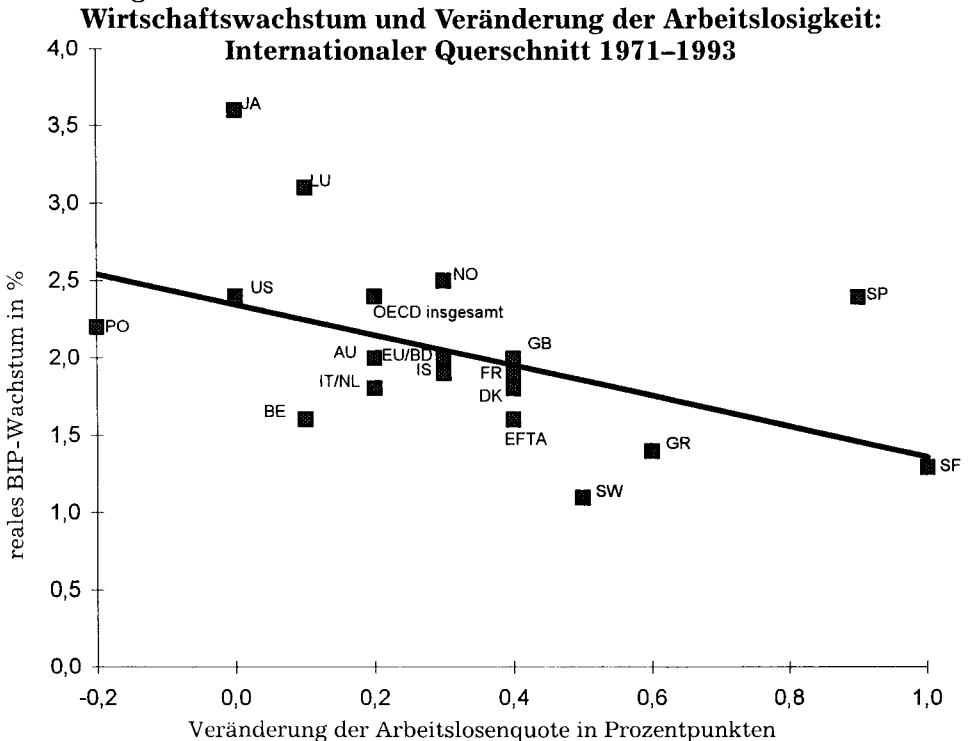
liche Entwicklung der Arbeitslosigkeit annehmen. Doch ist die Arbeitslosenquote in Portugal bei 5,5 Prozent konstant geblieben, in Spanien hat sie sich dagegen auf 23 Prozent verdoppelt.

Weitere Beispiele: In Belgien war das Wachstum der Wirtschaft und der Beschäftigung 1980-1993 signifikant niedriger als etwa in Dänemark. Dennoch blieb die standardisierte Arbeitslosenquote in Belgien bei 9 Prozent nahezu konstant, in Dänemark stieg sie dagegen von 7 Prozent auf 12 Prozent.

Solche Unterschiede in der Tendenz der Arbeitslosigkeit bei ähnlicher Wirtschaftsentwicklung lassen sich wohl nur damit erklären, daß die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit einerseits und Erwerbsarbeit, Haushalt, Pension sowie Bildungssystem fließend geworden sind.

Angesichts dieser fließenden Grenzen könnte in der EU auch ein gewisser Anreiz bestehen, relativ hohe regionale Arbeitslosenquoten auszuweisen, um dadurch als Ziel-1- oder Ziel-2-Gebiet Anspruch auf EU-Fördermittel zu haben.

**Abbildung 5:**



Die größte psychologische Last der Arbeitslosigkeit ist die zerbrochene Verbindung zur größeren gesellschaftlichen Einheit (Marie Jahoda). Junge Menschen auf der Straße und Langzeitarbeitslose mittleren Alters, die begründete Angst haben, nie wieder ins Erwerbsleben zurück-

**Tabelle 2:**  
**Beschäftigungsentwicklung bei bestimmten BIP-Wachstumsraten:**  
**USA und EU**

Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote bei einem Wirtschaftswachstum von x Prozent					
	Wachstum des realen BIP um . . Prozent					
	0	1	2	3	4	5
	Veränderung in Prozentpunkten					
USA	+1,2	+0,75	+0,3	-0,1	-0,5	-1,0
EU	+1,0	+0,75	+0,4	+0,1	-0,2	-0,4
Westdeutschland	+1,0	+0,65	+0,35	+0,0	-0,3	-0,6

Quelle: OECD

kehren zu können, stellen besonders dramatische Formen der Arbeitslosigkeit dar. Andererseits gibt es heute aber auch weniger schwerwiegende Formen: Saisonarbeitslosigkeit, Friktions- und kürzere Sucharbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit der Ehegattinnen von Selbständigen, Arbeitslosigkeit an der unmittelbaren Schwelle zur Pension oder in gewissen Fällen auch Arbeitslosigkeit an der Schnittstelle zum Haushalt. Diese Formen der Arbeitslosigkeit haben mit der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte stark zugenommen. Sie stellen nicht jene Existenzbedrohung dar, die wir mit dem Begriff Arbeitslosigkeit gewöhnlich verbinden, sondern sie sind eher ein Indiz dafür, daß die Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit fließend geworden sind.

## 6. Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird nicht so sehr durch immer rascheren Produktivitätsfortschritt erschwert, als vielmehr durch das relativ niedrige langfristige Wirtschaftswachstum und den hohen Zuwachs des Arbeitsangebots.

Zur Senkung der Arbeitslosenquote ist vor allem ein höheres Wirtschaftswachstum oder ein schwächerer Anstieg des Arbeitsangebots erforderlich. Besonders wirkungsvoll wäre ein europaweites Infrastrukturprogramm (Ausbau des Schienenverkehrs und der Telekommunikation). Der Bericht der Kreisky-Kommission (8) hatte sich auf solche Maßnahmen konzentriert, sie finden sich heute wieder im EU-Weißbuch zur Arbeitslosigkeit. Solche Maßnahmen würden insbesondere den vielen unqualifizierten Arbeitslosen Beschäftigung in der Bauwirtschaft anbieten. Aber die Finanzminister der Europäischen Union lehnen sie ab, weil sich die meisten Programme nicht mit privaten Mitteln allein finanzieren lassen und höhere Budgetdefizite drohen.

Niedrige Lohnsteigerungen verbessern – *ceteris paribus* – die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Europäische Union exportiert aber nur 7 Prozent ihrer Produkte in den außereuropäischen Raum, der Rest ist Binnennachfrage, die durch niedrige Löhne tendenziell gebremst wird.

Die Idee, die Mindestlöhne für Jugendliche um 20 Prozent zu verringern, hat in Frankreich zu einem Aufruhr unter den Jugendlichen geführt. Eine solche Politik wird in hohem Maß als unfair empfunden, auch hinter dem Mäntelchen der Beschäftigungspolitik. In Österreich sind die Entschädigungen für Lehrlinge zwar auch relativ niedrig, aber dafür wird den Jugendlichen gleichzeitig eine Fachausbildung geboten.

Die Erfahrungen mit den „*working poor*“ in den USA, die zwar eine Arbeit haben, aber davon nicht leben können, sollten uns eine Warnung sein. Die Mindestlöhne kann man überdies nur einmal auf das Existenzminimum senken, tiefer geht es dann nicht mehr. Eine langfristige Strategie zur Lösung ständiger Arbeitsmarktungleichgewichte kann das nicht sein.

Mit höherem Wirtschaftswachstum allein wird sich die Arbeitslosigkeit kaum substantiell verringern lassen. Ein mittelfristiges Wirtschaftswachstum von 3 Prozent bis 3,5 Prozent wäre in der EU notwendig, um die Arbeitslosigkeit mittelfristig deutlich zu reduzieren. Das erscheint zwar denkbar, für viele Ökonomen und Politiker jedoch sehr unwahrscheinlich.

Der Steigerung des Beschäftigungsgehalts des Wachstums sind Grenzen gesetzt, denn das wäre gleichbedeutend mit geringerem Produktivitätsfortschritt – was sicherlich kein langfristiges Ziel einer offenen Wirtschaft sein kann.

Deshalb müssen auch Möglichkeiten zur Verringerung des angebotenen Arbeitsvolumens diskutiert werden – zumindest bis aus demographischen Gründen eine Wende in der Entwicklung des Arbeitsangebots eintritt:

An erster Stelle steht hier eine straffe Ausländerbeschäftigungspolitik (bei liberalerer Flüchtlingspolitik). Die EU verfolgt eine solche straffe Strategie im Rahmen des Schengener Abkommens – nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen.

An zweiter Stelle steht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit in irgendeiner Form. In vielen europäischen Ländern, insbesondere in Österreich, hat die Frühpensionierung eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gespielt.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat im letzten Jahrzehnt an Bedeutung verloren. Die durchschnittliche Arbeitszeit sank zwar weiter, diesmal jedoch infolge zunehmender Teilzeitbeschäftigung, die – zumindest in Mittel- und Nordeuropa – überwiegend freiwillig gewählt war. Mit zunehmender Individualisierung der Gesellschaft wollen die Familien bzw. Lebensgemeinschaften selbst wählen, wieviel Arbeitszeit die einzelnen Mitglieder der Erwerbsarbeit widmen.

Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit (z. B. durch Karenzzeiten für Weiterbildung statt finanziellen Anreizen für zu teure Frühpensionierung), eine Ausländerpolitik mit Augenmaß, Beschäftigungseinstellungen im öffentlichen Bereich auch für ältere Personen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – insbesondere für besonders verwundbare Arbeitnehmergruppen – werden in Zukunft eine wichtigere Rolle im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit spielen müssen.

### Anmerkungen

- (1) Siehe dazu OECD, *Employment Outlook* (Paris 1993).
- (2) „Working poor“ sind Erwerbspersonen, die zwar einen Arbeitsplatz haben, aber dennoch unter der Armutsgrenze bleiben.
- (3) Ähnliches gilt auch für Österreich. Siehe dazu: Walterskirchen, Ewald, Wachstum und Arbeitslosigkeit, in: *WIFO-Monatsberichte* 67/5 (1994) 318–327
- (4) Siehe z. B. Marterbauer, Markus; Schweighofer, Johannes; Walterskirchen, Ewald; Von der Deregulierung zur Banken- und Wirtschaftskrise in Schweden, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 18/4 (1992) 515–538.
- (5) Siehe z. B. Schulmeister, Stephan, Belebung in den USA, Abschwächung in Westdeutschland und Japan, *WIFO-Monatsberichte* 67/3 (1994) 147–162
- (6) Siehe z. B. OECD, *Flexibility in the Labour Market: The Current Debate* (Paris 1986).
- (7) Okun, Arthur M., *The Political Economy of Prosperity* (Brookings Institution, Washington D.C. 1970).
- (8) Bericht der Kreisky-Kommission, 20 Millionen suchen Arbeit (Wien 1989).

### Literatur

- Bean, Charles R., *European Unemployment: A Survey*, in: *Journal of Economic Literature* 32 (June 1994).
- Biffel, Gudrun, *Beschäftigungspolitische Empfehlungen der OECD und der EU aus österreichischer Sicht*, in: *WIFO-Monatsberichte* 67/9 (1994).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung; Weißbuch* (Luxemburg 1993).
- Larsson, Allan, *Arbeit in Europa schaffen. Bericht an die Vorsitzenden der Mitgliedsparteien der sozialdemokratischen Partei Europas* (Brüssel, erscheint im Dezember 1994).
- OECD, *The OECD Jobs Study, Facts, Analysis, Strategies* (Paris 1994).
- Walterskirchen, Ewald, *Wachstum und Arbeitslosigkeit*, in: *WIFO-Monatsberichte* 67/5 (1994) 318–327.